WITIKOBRIEF

BERICHTE, KOMMENTARE, LESERBRIEFE



Inhalt:

Leitwort des Ehrenvorsitzenden (S. 3) Von der SL-Bundesversammlung 2011 (S. 4) Auf ein Wort (Roland Schnürch, S. 7) Klare Ansage aus Wien (S. 8) Die Klage vor dem UN-Ausschuß (S. 9) Denkschrift der KPTsch 1936 (S. 10) Pavel Kohouts verengter Blick... (S.14) Zulassung der SL-Böhmen (S.15) 32 Stunden zwischen Hund und Wolf (S. 17) Grabschändung in Dobrenz (S. 18) Adieu, Menschenrechte ... (S. 20)

Was wir schon immer ahnten (S. 21) Mädelschaft "Sigrid" zu Wien (S.22)

Nachruf auf Dr. R. Hilf (S. 22)

Peter Alexanders sudetendeutsche Wurzeln (S. 23)

Glosse: Ausweitung der Kampfzone (S. 23)

Impressum

DER WITIKOBRIEF

Herausgeber: Witikobund e.V.

Erscheinungsweise: Feber, Mai, August, November jeweils zur Monatsmitte; Jahresabo. 16 Euro, für Mitglieder kostenlos.

V.i.S.P.: Roland Schnürch, 1. Vorsitzender, Paul-Löbe-Str.39, 40595 Düsseldorf, Tel/Fax: 0211-703166

Schriftleitung: Friedebert Volk, J.S.Bach-Str. 51, D-61250 Usingen/Ts; Tel.: 06081-2611;

e-Post: witikobund-bundesverband@freenet.de

Druck: Ortmaier-Druck, 84160 Frontenhausen, Birnbachstr.2

Beiträge und Leserbriefe werden an die Schriftleitung erbeten. Änderungen vorbehalten! Bankverbindungen: HypoVereinsbank München, Kto. 6880 157 106, BLZ. 700 202 70

(IBAN: DE31700202706880157106; BIC: HYVEDEMMXXX); Postbank München, Kto. 152 360-803; BLZ. 700 100 80

(IBAN: DE38700100800152360803; BIC: PBNKDEFF)

Rechnungsstelle (auch für Spendenquittungen): Frau Christine Eder, c/o Heimatkreis Mies-Pilsen, Bauhofstr. 41, 91550

Dinkelsbühl, Tel.: 09851-53003, Fax: 09851-53004 (nur vormittags)

Heimseite: www.witikobund.de

Was Botschafter Georg Slavik am 14.7.1936 nach Prag berichtete:



"Ich habe dieser Tage auch mit Direktor Kobylanski vom polnischen Außenministerium über die Danzigfrage gesprochen. Ich war überrascht, daß er wörtlich den deutschen Standpunkt bestätigte: Der Schuldige in Danzig sei nicht Greiser, sondern der Oberkommissar Lester, der sich unzulässigerweise in die inneren Angelegenheiten der Freien Stadt einmische und die Opposition gegen das nationalsozialistische Regime im Senat unterstütze." Aus: Friedrich Berber: "Europäische Politik 1933-1938 im Spiegel der Prager Akten", 1942, S. 64.

Botschafter Slavik (Georg Slavik, 1890-1969, gebürtiger Slowake, tschechoslowak. Botschafter in Warschau; Arthur Karl Greiser, 1897-1946, Senatspräsident in Danzig; Sean Lester, 1888-1959, Hochkommissar des Völkerbundes in Danzig)

Fundstücke:

- 1. Frau Forweather, die Tochter Lord Runcimans, die in einem modernen Eindecker ihren Vater besuchen wollte, musste wegen schlechten Wetters in Pilsen notlanden (Deutsche Grenzstimmen, Tachau, 30.8.1938).
- 2. Die tschechische Lehrerflucht aus den Grenzgebieten hält auch im Jahre 1937 an. Wieder beantragten 444 tschechische Lehrer ihre Rückversetzung in das Landesinnere, während für 105 ausgeschriebene Stellen überhaupt keine Bewerbung einging (Pilsner Tagblatt, 10.2.1937).
- 3. Nach der Polonisierung vieler deutscher Familiennamen beginnt jetzt in Polen der Kampf gegen deutsche Vornamen (Pilsner Tagblatt, 22.6.1937).
- 4. Durch Vermittlung der DJF (Deutsche Jugendfürsorge) fuhren im Vorjahr 700 unterernährte sudetendeutsche Kinder nach Nordschleswig. Nun sandten die damaligen Gasteltern noch zwei Waggons mit Geschenkpaketen, die vom csl. Zoll freigestellt wurden. (Pilsner Tagblatt, 3.3.1938)
- In Berlin warten Vertreter der Palästina-Aufständischen auf die Erlaubnis, am Ku-Damm ein Pan-Arabien-Büro einzurichten. Ziel ist ein pan-arabischer Staat aus Palästina, Syrien, Irak. Mit der Genehmigung der deutschen Reichsbehörden wird gerechnet (Bohemia, 29.10.1938).

Leitwort unseres Ehrenvorsitzenden:

Aktuelle Gedanken zur Heimatpolitik



Dr. Walter Staffa

Bei unseren tschechischen Nachbarn machen sich in jüngster Zeit sehr begrüßenswerte Entwicklungen bemerkbar.

Abgesehen von immer häufigeren Enthüllungen über tschechische Morde an unschuldigen Sudetendeutschen ist ganz besonders die Veröffentlichung einer Gruppe von Prager Studenten wichtig, in der betont wird, daß sie "die reiche Kultur und Geschichte der böhmischen Länder wiederherstellen wollen." Nach ihrer Auffassung ist unteilbarer Bestandteil des "Kronländer-Ganzen" auch die deutsche Kultur und Geschichte, die gemeinsam mit der böhmischen jene einzigartige, unteilbare tausendjährige Einheit geschaffen hat, genau so wie die Kultur der böhmischen Länder zu einem unteilbaren Teil der

deutschen Länder geworden war. Sie meinen: "Wenn der Tscheche die deutsche Kultur anzugreifen beginnt, dann greift er zum Teil auch sich selbst an."

Ja, mit diesen sittengesetzlich und partnerschaftlich orientierten Tschechen sollen und wollen wir als Witikonen gemeinsam zu einer Partnerschaft auf ethischer Grundlage hinwirken. Dabei wollen wir uns stets der besonderen Sensibilität aller Völkergruppen bewußt sein und entsprechend handeln.

Nie vergessen sollten wir auch den bekennenden Aufruf von Jan H u s vom 6. 7. 1415: "Darum treuer Christ, suche die Wahrheit, höre die Wahrheit, lebe die Wahrheit, liebe die Wahrheit und verteidige die Wahrheit bis in den Tod, denn die Wahrheit wird Dich erlösen!"

Dies sollte Wunsch aller sittengesetzlich eingestellten Menschen sein. Auf diese Weise können wir noch viele und bessere Erfolge erzielen. Denn die Betonung unserer gemeinsamen kulturellen Wurzeln und sittgengesetzlichen Gemeinsamkeiten ist die beste Voraussetzung für die in jeder Hinsicht bereichernde Partnerschaft einander ergänzender Völker, vor allem der miteinander verwandten mitteleuropäischen Völker und Volksgruppen - allerdings immer auf ethischer Grundlage



Symbolfigur unseres Bundes

In Adalbert Stifters Epos "W i t i k o" wurde und wird ein Urmodell richtigen politischen Handelns auf der Grundlage der Sittlichkeit, edler Schönheit und vertrauensvoller Menschlichkeit, als Teil einer universalen abendländischen Kultur guten Menschentums vertreten. Stifters Wort: "Wer die Sitte hält, den hält die Sitte" ist ein Gedanke, der die Pflicht enthält, immer mit Anstand, Güte und Würde alle Aufgaben wahrzunehmen. Und mein vorrangiges Ziel ist und bleibt mein Einsatz für eine Partnerschaft zwischen Deutschen und Tschechen auf ethischer Grundlage. Diesem Ehrenauftrag – der Idee der Freiheit, des Rechts und der Sitte zu dienen – sehen sich auch die Mitglieder des Witikobundes verpflichtet. Sie wissen, daß dies der beste Weg zu einer Partnerschaft einander achtender und sich gegenseitig fördernder Menschen und Völker ist.

Für solche großen gemeinsamen Aufgaben müssen wir viele charaktervolle Bürgerinnen und Bürger gewinnen! Laßt uns in diesem Sinne zielstrebig handeln!

Ihr/Euer Dr. med. Walter Staffa.

Von der letzten SL-Bundesversammlung

Am 26./27. März 2011 fand in München die 4. Sitzung der 14. Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft e.V. (SL) statt. Im Vorfeld sorgte ein Antrag des SL-Vorstandes für Unruhe.

Die SL darf kein Bussi-Bussi-Verein werden!

Unter den vorab zugestellten Tagungspapieren befand sich der Antrag 03/2011 mit der Überschrift "Satzungsänderung". Er kam vom SL-Vereinsvorstand und betraf die in § 3 festgelegte Zweckbestimmung des Vereins. Als neue Fassung wurde vorgeschlagen:

"Zweck der Körperschaft ist die Hilfe für Vertriebene, Völkerverständigung sowie Heimatpflege und Heimatkunde im In- und Ausland".

Einige der Abgeordneten erinnerten sich noch an einen ähnlichen Antrag im Jahre 1997, der nach langem Hin- und Her nicht zum Tragen kam, weil er zu sehr von der ursprünglichen Zweckbestimmung abwich. Deren Kernsätze fordern auf, u.a. den

"Rechtsanspruchs auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht..." sowie

"das Recht auf Rückgabe bzw. gleichwertigen Ersatz oder Entschädigung des konfiszierten Eigentums zu wahren"

Erläuterung zur geplanten Satzungsänderung: In § 3 wird Abs. 1 Satz 1 durch Abs. 1 Satz 1 und 2 ersetzt. Der bisherige Abs. 1 Satz 2 (Diese Zwecke sind...) bleibt unverändert und wird zum Satz 3. Absatz 2 bleibt unverändert. Es wird ein neuer Absatz 3 angefügt.

Alles klar?

Der neue Antrag war diesmal aber so gemeint, daß die neue Zweckbestimmung die alte nicht ersetzen, sondern ihr nur vorangestellt werden sollte. Das ging aus der beigegebenen Erläuterung, wenn auch sehr verschlüsselt, hervor (sh. Kasten nebenan!). Aber auch dieser Plan gab Rätsel auf, denn die Satzung hätte dann eine Dublette enthalten, ohne Hinweis darauf, welche von ihnen nun eigentlich gültig sei.

Ungeschick oder mehr?

Weitere Irritationen rief die geplante Neufassung von § 24 hervor. Es ging, wie es hieß, um finanztechnische Ziele und bürokratische Vereinfachungen. Dabei war aber Absatz 5 gerade im Zusammenhang mit der o.g. Dublette so ungeschickt und unsensibel abgefaßt, daß rasch der Begriff "Ermächtigungsgesetz" die Runde machte:

Absatz 24,5:,, Der Bundesvorstand wird ermächtigt, geringfügige Satzungsänderungen, die aus formalen Gründen im Rahmen des Eintragungsverfahrens in Register oder im Zusammenhang mit der steuerlichen Anerkennung als gemeinnützig durch die zuständigen Gerichte oder Behörden verlangt werden (Anregungen, Auflagen usw.) zu beschließen, ohne daß es insoweit eines satzungsändernden Beschlusses der Bundesversammlung bedarf (partielle Übertragung der Beschlußbefugnis für Satzungsänderungen)."

Selbst dem arglosesten Betrachter musste auffallen, welche Möglichkeiten sich hier auftaten: Wenn eine "Behörde" die "Auflage" macht, die Dublette in § 3 zu beseitigen, hätte der Bundesvorstand - in anderer Konstellation natürlich - die ursprüngliche Fassung am Plenum vorbei opfern können.

Diese Möglichkeiten bedenkend informierte der Witikobund über das Internet einen beträchtlichen Teil seiner Mitglieder und Freunde und erhielt als Rückmeldung mehrere sehr nützlicher Ratschläge. Parallel dazu forderten Frau Walli Richter und einige Unterstützer in einem Eilantrag die Rücknahme der Vorlage. Ihre Gründe waren: Mangelnde Vorbereitung und unklare Formulierungen, die zu Irrtümern führen können. Da Lm. Johann Slezak außerdem in einem Rundschreiben anführte, daß eine Satzungsänderung für den von den Antragsstellern gewünschten finanztechnischen Zweck gar nicht nötig sei, folgte der Vorstand dem Eilantrag.

Erfreulich war dabei auch, daß sich Sprecher Bernd Posselt vehement von der geplanten Satzungsänderung distanzierte! Er betonte sogar, von der ganzen Sache nichts gewusst zu haben.

Sinnvolle Initiative

Eine sinnvolle Anregung gab daneben Edmund Liepold. Er beantragte, verstärkt die Anerkennung der Vertreibung als Völkermord zu fordern. Er bezog sich dabei auf die Menschenrechtskonvention vom 9. Dezember 1948 und sieht in der Anerkennung der Vertreibung als Völkermord auch den Schlüssel zur Rehabilitierung und Entdiskriminierung der Sudetendeutschen, was wiederum den Weg zur Aussöhnung mit dem tschechischen Volk öffnen würde. Endziel der Initiative Edmund Liepolds ist die Aufnahme dieses Anliegens in die Satzung als neuen Punkt "h" in § 3, Absatz 1.

Die SL als Opferverband

Die Sudetendeutschen Landsmannschaft ist ein Opferverband, dessen Gründung die Antwort auf krasseste Menschenrechtsverletzungen ist. Seine Zweckbestimmung wurde von seinen Gründervätern in § 3, Absatz 1 der Satzung festgelegt und ist durch und durch nur den Menschenrechten verpflichtet. Wir als ihre Nachfolger haben keinen Grund, von der ursprünglichen Zweckbestimmung abzuweichen. Unsere Ziele mögen einigen Regierungen in Europa lästig sein und sie zur Diffamierung unserer Volksgruppe verleiten. Tatsache bleibt, daß schon 1919 die Eingliederung des Sudetenlandes in die neue CSR aufgrund gefälschter Karten und Dokumente erschwindelt wurde. Das kann auch nicht durch Geschehensablauf wegeskamotiert werden, und Liebedienerei in Grundsatzfragen sollten sich weder Europa noch wir leisten.

Heimatpolitik:

BdV-Spitze bei der Kanzlerin

Am 31. März 2011 nahm sich Bundeskanzlerin Merkel eine Stunde Zeit für ein Gespräch mit dem Präsidium des BdV.

Was zur Sprache kam

Zunächst ging es um den vom Bundestag beschlossenen nationalen Gedenktag zur Vertreibung. Frau Steinbach nannte es eine Frage der Glaubwürdigkeit von Regierung und Bundespräsident, dafür ein Datum festzulegen. Sie deutete an, dass nicht allein der Charta-Tag, der 5.August, dafür in Frage käme. Der Gedenktag könne auch auf einen Sonntag im September gelegt werden. Dort sei bisher am Tag der Heimat stets eine breite Unterstützung der Parteien erkennbar gewesen.

Kritisch angesprochen wurde das Sonderschicksal deutscher Zwangsarbeiter. Sie fallen bisher durch das Regelungssieb der Bürokratie der Kriegsopferversorgung. Obwohl seit 2003 ein Auftrag des Bundestages vorliegt, blockiert die Regierung mit dem dürftigen Hinweis, "man wolle nicht andere Opfergruppen aufmerksam machen." Hier wollte Frau Merkel "keine neuen Versprechungen machen." Frau Steinbach gab ihr aber zu verstehen, dass eine konstruktive Prüfung im Detail weiterhelfen würde.

Bei der Berliner Stiftung "Flucht, Vertreibung, Versöhnung" wurde ein Fertigstellungstermin für den Umbau des Deutschlandhauses angemahnt. Man könne nicht bis 2015 warten und einigte sich auf eine repräsentative Veranstaltung im Frühjahr 2013. Bis dahin wird die wissenschaftliche Debatte die Aufgaben der Stiftung im Bewusstsein der Öffentlichkeit halten.

Laut Pressemitteilung dankte die Bundeskanzlerin dem Bund der Vertriebenen und insbesondere seiner Präsidentin Frau Steinbach für vielfältige Bemühungen bei der Erinnerungspflege und der Gestaltung eines gedeihliches Miteinander in Europa.

Worüber man schwieg

Aufschlussreich ist leider auch die Liste der ausgeklammerten Themen. Wichtige Fragen wären etwa noch gewesen: Die Ratifizierung des Zusatzprotokolls Nr. 30 zum Lissabon-Vertrag, das die CR zur menschrechtsfreien Zone machen soll; das Desinteresse der Bundesregierung an den in Osteuropa gefundenen Massengräbern; die Willkür bei der Behandlung unserer Anliegen im Petitions- bzw. Menschenrechtsausschuß. Schlimm wäre es, wenn diese Auslassungen auf gewisse Defizite im demokratischen Werteverständnis beider Seiten zurückgingen.

Sudetendeutscher Tag in Augsburg

Der <u>Witikobund</u> wird sich beim 62. ST. 2011 wie immer mit einem <u>Informationsstand präsentieren.</u>

Ferner ist für Pfingstsamstag (11.6.) eine Vortragsveranstaltung geplant.

Thema:

Das Scheitern des sudetendeutschen Autonomiewunsches

(Samstag, 11.6.11, Saalöffnung: 16.30 Uhr, Ebene 2, Raum 2.24 A, Referent: F. Volk)

Sudetendeutscher Arbeitskreis

für deutsche und europäische Bauernfragen

Vortrag: Samstag, 11.06.2011, 18.00 Uhr:

Dr. Gertner: Die Menschenrechtsbeschwerde bei der UNO Raum: TC Ebene 2, Raum 2.24 A (wie vorher Witikobund!)

Programmvorschau für den 62. Sudetendeutschen Tag

Pfingstsamstag, 11.6.:

10.30 Uhr Festliche Eröffnung

ab 13.00 Uhr: Informations- und Diskussionsveranstaltungen

<u>16.30 Uhr:</u> Vortragsveranstaltung des Witikobundes, Raum 2,24 A (1.Stock) 18.00 Uhr: Veranstaltung der Suddt. Bauern, Referent Dr. Gertner, ebenda.

18.30 Uhr: Sudetendeutsches Schatzkästlein

19.00 Uhr: Großer Volkstumsabend

20.00 Uhr: Sudetendeutsches Volkstanzfest

Pfingstsonntag, 12.6.:

09.00 Uhr: Katholischer bzw evangelischer Gottesdienst

10.30 Uhr: Einzug der Fahnenabordnungen

11.00 Uhr: Hauptkundgebung in der Schwabenhalle (Redner: Pany, Posselt, Seehofer)

Korrektur zum Jahrestreffen

Das Jahrestreffen 2011 musste um eine Woche verschoben werden.

Neuer Termin: 30. 09. – 02.10.2011 (nicht 25./26.9.)

Ort: Hotel Goger, Bamberger Str. 22, 97437 Haßfurt-Augsfeld,

Tel. 09521-9250, e-Post: info@hotel-goger-augsfeld.de Um baldige Anmeldung direkt im Hotel wird gebeten.

Preisliste: Vollpension je Person: Fr.-So.: DZ. 156 €, EZ. 168 €;

Sa.-So.: DZ. 93 €, EZ. 99 €,

Tagesgast: 29 €



Auf ein Wort



Roland Schnürch

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

Die Vertreibung liegt zwar fünfundsechzig Jahre zurück, doch zur Ruhe kommen weder wir noch die Tschechen. Das zeigte die Seehofer-Reise nach Prag und das bemerkte man kürzlich in Prag bei der Gerichtsentscheidung zugunsten der "Tschechischen SL". Daneben hört man immer wieder Aufregendes von den Orten mit geöffneten **Massengräbern**, wie in Dobrenz, wo ein Gedenkkreuz abgesägt wurde, oder in Haida, wo ein Theaterstück zu Protesten des nationalistischen Teiles der Bevölkerung führte. Auch einige **Schriftsteller** arbeiten sich an der tschechischen Nachkriegsgeschichte gehörig ab. Pavel Kohout empfindet zwar überhaupt keine Sympathien für die Sudetendeutschen, doch kann er nicht umhin, in seiner Biographie (Titel:

Mein tolles Leben mit Hitler, Stalin und Havel) der Wahrheit, wenn oft auch nur sich drehend und windend, die Ehre zu geben. Ein Buch schrieb auch Jiri Grusa (einst tschechischer Botschafter in Bonn). Es trägt den Titel Benes jako Rakosan und rüttelt heftig am Sockel des Benesch-Denkmals! Ein Schritt in die richtige Richtung!

Nicht sehr erfreulich waren die "formale Niederlage" (Dr. Gertner) der sudetendeutschen Kläger vor dem **UNO-Menschenrechtsausschuss** und die Ablehnung einer Petition durch den Bundestag. Beides ist angesichts des kürzlich in Den Haag ergangenen Urteils gegen den Kroaten Gotovina kaum mehr verständlich. Näheres darüber weiter unten.

Unschön war auch die **Ausgrenzung des Witikobundes** vom Gespräch mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten am 22. März. Da ich an einer Teilnahme verhindert war, bat ich meinen ersten Stellvertreter, Edmund Liepold, den Termin wahrzunehmen. Dem widersprach jedoch die Landsmannschaft mit der Begründung, Stellvertreter seien generell nicht zugelassen. Wie aber der Presse zu entnehmen war, wurde mit zweierlei Maß gemessen, denn mindestens eine der eingeladenen Gruppierungen war durch ihren Stellvertreter vertreten. Der Witikobund wird das bei passender Gelegenheit monieren und bedauert, nicht aus erster Hand erfahren zu haben, was die Pläne der Bayerischen Staatsregierung für die Fortsetzung der bilateralen Gespräche mit der CR sind. Gerne hätte er dafür auch seine eigenen Vorstellungen eingebracht.

Vor uns stehen wieder bedeutende Aufgaben. Beim **62. Sudetendeutschen Tag** in Augsburg gilt es, erneut deutlich Flagge zu zeigen. Wir werden mit einem Stand vertreten sein und bieten am Samstag um 16.30 Uhr eine Vortragsveranstaltung an. **Ich rufe alle Kameradinnen und Kameraden auf, unsere Vorbereitungen durch Besuch und Mithilfe zu honorieren!** Erwünscht ist vor allem Präsenzdienst am Stand! Einzelheiten können den Ankündigungen in diesem Heft entnommen werden.

Nicht weniger bedeutsam ist unser **Jahrestreffen** in Haßfurt. Es findet vom 30.9. bis 2.10.2011 statt und verdient ebenfalls unseren vollen Einsatz. Bitte meldet Euch rechtzeitig im Hotel an! Auch hierzu sind die Einzelheiten diesem Heft zu entnehmen.

Mit einem "Glück auf" und kameradschaftlichen Grüßen verbleibe ich

Euer Roland Schnürch

Hinweis unserer Buchhaltung:

Die meisten unserer Mitglieder haben ihren Beitrag bereits durch Abbuchungsermächtigung oder Überweisung entrichtet. Andere warten noch auf die Zusendung eines Überweisungsträgers, der dieser Folge nun beigefügt ist. Handschriftlich ist darauf vermerkt, für welchen Zeitraum die Beiträge fehlen. Vorstand und Buchhaltung bitten um baldige Erledigung, damit der Bund handlungsfähig bleibt! Auch Spenden sind höchst willkommen und werden umgehend mit einer steuersparenden Bescheinigung für das Finanzamt quittiert. In Zweifelsfällen bitte anrufen unter 09851-53003 (Mo.-Do.). Mit Dank für Euer Verständnis: *Vorstand & Buchhaltung*

Klare Ansage in Wien

Am 9. April 2011 fand in Wien die Bundeshauptversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich statt. Gerhard Zeihsel wurde als Vorsitzender für die nächste Wahlperiode bestätigt.

Klare Worte fand die Versammlung gegen die Ratifizierung des EU-Protokolls Nr. 30 über die Nichtanwendung der Charta der Grundrechte auf die Tschechische Republik:

- 1. Die rechtsstaatliche Ordnung der gesamten Union drohe erschüttert zu werden.
- 2. Unter Verletzung von Artikel 26 des UNO-Paktes erfolge eine Diskriminierung der Vertreibungsopfer.
- 3. Damit liege eine Verletzung von Artikel 16 und 17 dieses Paktes vor (Missachtung der Vertriebenen als Opfer und ihres Rechts der Anerkennung als Rechtsperson bzw. Beeinträchtigung der Ehre und des Rufes der Opfer).
- 4. Die Leugnung der schwersten Vertreibungsverbrechen der Menschheit sei als Aufstachelung zu Haß, Erniedrigung und Diskriminierung zu werten, was eine Verletzung von Artikel 20 des UNO-Paktes darstelle.

In Anbetracht der universellen Geltung des Völkerrechts (erga omnes) und weil die Vertreibung kein abgeschlossener Vorgang sei, ferner weil Völkerrecht, Menschenrecht und Moral unteilbar sind, könne das hinsichtlich der Tschechischen Republik bestehende Unrechtssystem nicht als Ausnahme in die gesamteuropäische Gesamtordnung eingeschleppt werden, zumal sich daraus ein gefährliches Präjudiz für das Völkerrecht der Zukunft ergeben könnte.

Die Delegierten der Bundeshauptversammlung der Sudetendeutschen in Österreich ersuchten daher ihre Schutzmacht Österreich erneut, die Ratifizierung des Protokolls Nr. 30 abzulehnen.

Kroatien: General Gotovina und Herr Benesch

Tief enttäuscht nahm man in Kroatien am 15. April 2011 das Urteil des Internationalen Gerichtshofes

in Den Haag gegen General Gotovina zur Kenntnis. Es lautete auf 24 Jahre Haft für "ein gemeinsames kriminelles Unternehmen, das unter Führung des damaligen kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman die Vertreibung der serbischen Zivilbevölkerung bezweckt hat." Konkret ging es um die Krajina, die 1991 von den Serben als Teil eines eigenen Staates vorgesehen war und 1995 zurückerobert wurde. Bei dieser Aktion kam es leider auch zur Vertreibung und Tötung von Serben, was fast schicksalhafte Folge der verwickelten balkanischen Siedlungsverhältnisse ist. Für die Kroaten ist Gotovina aber ein Nationalheld, für den sich sogar die kroatischen Bischöfe einsetzten.



Kroatien mit der Krajina

Für die Sudetendeutschen ist das Urteil eine weitere Bestätigung dafür, daß mit ungleichem Maß geurteilt wird, denn "Mord, grausame Behandlung von Zivilisten, mutwillige Zerstörung von Eigentum, Plünderungen und Deportationen" mit dem Ziel, die Zivilbevölkerung "durch Gewalt oder Androhung von Gewalt auf Dauer zu entfernen" widerfuhr unter Benesch auch ihnen. Aber die EU und nicht zuletzt die deutsche Politik wollen die Parallelen nicht sehen und dulden die dafür verantwortliche Tschechische Republik als Mitglied in ihren Reihen! Sicherlich waren die Rechtsnormen, nach denen der kroatische General jetzt verurteilt wurde, 1945 noch nicht in allen Punkten so gründlich kodifiziert wie heute. Aber die rechtliche und erst recht die ethisch-moralische Lage waren auch damals schon hinreichend klar: Vertreibung ist Völkermord!

Hinweis: Restbestände der auf S. 3 abgebildeten **Witiko-Karte** liegen am ST. in Augsburg zum günstigen Erwerb aus.

UN-Menschenrechtsausschuß weist Klage zurück

Im Herbst 2007 reichte RA. Dr. Thomas Gertner beim Menschenrechtsausschuß der UNO die Beschwerde zahlreicher Sudetendeutscher wegen verweigerter Restitution ein. Diese Klage wurde in den folgenden zwei Jahren an jeweils neuere Erkenntnisse angepasst. Das im März 2011 zugestellte Urteil bezog sich jedoch nur auf die ursprüngliche Klage und wies sie ab. Über die jeweils nachgereichten Zusatzgründe schwieg sich das Gericht aus.

Die ursprüngliche Klage betraf die Diskriminierung der Sudetendeutschen bei der Restitution und das Fehlen effektiver Rechtsbehelfe. Das Gericht folgte der tschechischen Argumentation, wonach die Enteignungen vor Abschluß der einzelnen Pakte über die bürgerlichen und politischen Rechte erfolgt seien und diese keine rückwirkende Kraft hätten. Was die damit zusammenhängenden Enteignungen betrifft, so seien diese jetzt ein abgeschlossener Geschehensablauf.



"Dekret über das Eigentum an Boden" Zu erkennen sind oben zwei Pferde mit einem pflügenden Bauern. Im Text heißt es: Die Regierung ist " ... bestrebt, die Folgen der Schlacht am Weißen Berg wieder gutzumachen"

Damit müßte man sich zufrieden geben, wenn diese Maßstäbe immer und überall gleich angewandt würden. Aber schon beim Nürnberger Prozeß bediente man sich rückwärts angewandter Gesetze; ebenso 1969 in Prag, als man 3690 Teilnehmer an den 1968 Augustdemonstrationen und inhaftierte nach rückwirkenden Sondergesetz verurteilte. und was "abgeschlossenen Geschehensabläufe" betrifft, lernen wir vom tschechischen Staat selbst, daß man sogar nach 300 Jahren Wiedergutmachung verlangen kann, denn er selbst bezeichnete 1946 die Enteignung der Sudetendeutschen als Wiedergutmachung für das "Unrecht vom Weißen Berg". Das ist der Urkunde (siehe Abb. links!) zu entnehmen, die 1946 jeder tschechische Bauern bei eines deutschen Bauernhofes Argumentation des Gerichts ist daher unglaubwürdig! Nur am Rande sei vermerkt, daß vom Besitzerwechsel "nach dem Weißen Berg" nur eine Reihe von Feudalgütern betroffen war und es dabei auf beiden Seiten recht international zuging. Maßstab war nicht die Nationalität, sondern die Konfession und die Treue zu Habsburg.

Hoffnung schöpfen die Kläger aus der Ausklammerung der nachgereichten Anpassungen. Diese setzen nicht beim Eigentum an, sondern bei der verletzten Ehre. Sie halten es

für diskriminierend, mit wirklich Schuldigen über einen Kamm geschert zu werden. Sie wollen geklärt wissen, ob sie zu recht zu Staatsfeinden erklärt wurden mit allen Folgen der Ausweisung und Enteignung. Um diese Frage hat sich der UNO-Menschenrechtsausschuß vorerst gedrückt, doch RA Dr. Gertner ist dabei, dem Ausschuß diese Frage erneut vorzulegen.

Restitutionserfolg in Nordböhmen



Das Kreisgericht Gablonz hat im Februar 2011 der Universalerbin Karel Graf Des Fours Walderodes, Dr. Johanna Kammerlander (siehe Bild!), einen Teil des Gutes Großrohosetz (Hrubý Rohozec) im nordböhmischen Eisenbrod / Železný Brod zuerkannt. Der Graf war seit 1992 wieder tschechischer Staatsbürger und forderte sein erst unter den Kommunisten enteignetes Schloß zurück. Gegen dieses Urteil gehen die jetzigen Bewohner in Berufung, darunter auch eine belgische Gesellschaft, die sich wie in einer Bananenrepublik fühle,

denn sie habe das Gut nach einer die Ansprüche des Geschlechts Walderode ausschließenden Gerichtsentscheidung gekauft.

Denkschrift

der KPTsch zugunsten der Sudetendeutschen

(Vorgelegt am 6. November 1936 von Klement Gottwald und Bruno Köhler)

Die kommunistische Partei der Tschechoslowakei (KPTsch) legte der Benesch-Regierung 1936 eine Denkschrift vor, in der sie sich gegen die Unterdrückung der Sudetendeutschen wandte. Bekanntlich gehörte das Sudetenland zu den am meisten industrialisierten Regionen Europas, deren Bewohner überwiegend der Arbeiterschaft angehörten. Für die KPTsch war daher die Benachteiligung der Sudetendeutschen vor allem ein Teil des Klassenkampfes der tschechischen Bourgeoisie gegen das Proletariat. Schon 1931 war am Parteitag der KPTsch die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen erhoben worden, und zwar notfalls "bis zur Loslösung" von der CSR! Der nun folgende Text der Denkschrift durfte 1936 nur in einer gekürzten Fassung veröffentlicht werden. Die damals von der csl. Zensur gestrichenen drei Textstellen sind hier durch Kursivschrift kenntlich gemacht.

<u>Memorandum</u> an die Regierung der Tschechoslowakischen Republik



Klement Gottwald war 1936 Unterzeichner der Denkschrift

Im Namen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei erlauben wir uns, der Regierung der Tschechoslowakischen Republik folgendes Memorandum vorzulegen:

Die deutschen Gebiete der Republik sind bereits heute zum Hauptaufmarschraum des Hitlerimperialismus für seine Offensive gegen die Tschechoslowakei geworden; sie können sich morgen in den Schauplatz eines bewaffneten Aufstands der Hitler-Agenten oder sogar in den Schauplatz eines kriegerischen Angriffs verwandeln. In dieser Situation ist die Beziehung der

deutschen Bevölkerung zur Republik und zu ihrer Verteidigung für das Schicksal der Tschechoslowakei von außerordentlicher Bedeutung.

Die Verletzung der durch die Verfassung gegebenen Bürgerrechte der deutschen Bevölkerung in der Tschechoslowakei, die nationale Unterdrückung sowohl in kulturellen als auch sozialen Belangen, treibt heute Wasser auf die Mühle der Agenten des deutschen Imperialismus. Deshalb ist es unerläßlich notwendig, radikal den bisherigen Zustand der nationalen Ungerechtigkeit und der Notlage in den deutschen Gebieten zu ändern und bei gleichzeitiger entschiedener Bekämpfung des Terrors der faschistischen Feinde der Republik den berechtigten politischen und nationalen Forderungen der deutschen Bevölkerung stattzugeben. Dadurch würden die Beziehung der deutschen Bevölkerung zur Republik verbessert und die Positionen der Verteidigung der Republik gegen den deutschen Imperialismus gestärkt.

Von verschiedenen Seiten wird immer häufiger die Notwendigkeit betont, die grundlegenden Forderungen der deutschen Bürger der Republik zu erfüllen. Verwiesen sei auf die Rede des Präsidenten der Republik, Dr. Eduard Benesch, der bei seinem Besuch Reichenbergs die Notwendigkeit der Verbesserung der Beziehungen von Tschechen und Deutschen unterstrich. Allein die ständig wachsende Gefahr eines faschistischen Angriffs gegen die Republik verlangt, daß unverzüglich von Worten zu Taten übergegangen wird.

Deshalb wendet sich die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei an die Regierung und verlangt. daß sie verwaltungstechnische und legislative Maßnahmen zur Gewährleistung der verfassungsmäßigen staatsbürgerlichen Rechte der deutschen Bevölkerung setzt und ihre grundlegendsten politischen, kulturellen und sozialen Forderungen erfüllt. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei steht auf dem Prinzip einer konsequent demokratischen Lösung der Nationalitätenfrage in der Tschechoslowakei und lehnt entschieden alle Versuche ausländischer Eingriffe in Nationalitätenfragen sowie in Separatismus, Föderalismus und Autonomismus ab, was in

der gegebenen Situation auch die faschistischen Feinde der Republik stärken würde. Die heute von der Kommunistische Partei der Tschechoslowakei der Regierung vorgelegten Forderungen enthalten bloß den Ruf nach bürgerlicher Gleichberechtigung für die deutsche Bevölkerung, ihre grundlegenden politischen, kulturellen und sozialen Forderungen und betreffen keine staatsrechtlichen Fragen der Tschechoslowakei. Deshalb würde die Erfüllung der im Memorandum enthaltenen Forderungen noch keine konsequent demokratische Lösung der Nationalitätenfrage im Sinne der Gleichberechtigung des tschechischen und des deutschen Volkes der Republik bedeuten. Wir sind jedoch zutiefst davon überzeugt, daß die Verwirklichung dieser elementaren Voraussetzungen der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung schlagartig die Einstellung der deutschen Bewohnerschaft zur Verteidigung der Republik verbessern, die Tätigkeit der Hitler-Agenten in den deutschen Gebieten untergraben, den Weg zu einem weiteren versöhnlichen demokratischen Ausgleich zwischen dem tschechischen und dem deutschen Volk bis zur völligen nationalen Gleichberechtigung des tschechischen und des deutschen Volkes öffnen und zur Herausbildung ihres Bruderbundes öffnen würde. Als wichtigste Maßnahmen zur Gewährleistung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der deutschen Bevölkerung und Äußerungen des Entgegenkommens gegenüber den grundlegenden politischen, kulturellen und sozialen Forderungen, betrachten wir folgende Punkte:

1. Gewährleistung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Deutschen in der Republik



Bruno Köhler war der andere Unterzeichner der Denkschrift für die Sudetendeutschen

Im Verfassungsgesetz der Tschechoslowakischen Republik heißt es: "Alle Staatsbürger der Tschechoslowakischen Republik sind vor dem Gesetz einander vollkommen gleich und genießen die gleichen bürgerlichen und politischen Rechte ohne Rücksicht auf Ihre Rasse, Sprache oder Religion. Der Unterschied in Religion, Glauben, Konfession und Sprache ist keinem tschechoslowakischen Staatsbürger in den Grenzen der allgemeinen Gesetze hinderlich, namentlich in Bezug auf den Zutritt zum öffentlichen Dienst, zu Ämtern und Würden oder in Bezug auf die Ausübung welchen Gewerbes oder Berufes auch immer." Im gleichen Sinne spricht von der völligen Gleichberechtigung aller Bürger der Republik ohne Unterschied der Sprache auch der Wortlaut des Vertrages von Saint Germain.

Die tatsächliche Praxis widerspricht jedoch, was die bürgerliche Gleichberechtigung der Deutschen in der Republik anlangt, diesen demokratischen Grundsätzen der Verfassung. Die bürgerliche

Gleichberechtigung der Deutschen wird hinsichtlich des Zutritts zum öffentlichen Dienst und zu Behörden, hinsichtlich der Wirtschaftshilfe und Unterstützung für sozial schwache Schichten, hinsichtlich der Verwendung der deutschen Sprache vor Gerichten und Behörden usw. verletzt.

Wir fordern deshalb: Die Regierung möge Maßnahmen zur Gewährleistung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung der Deutschen in der Republik ergreifen; die Regierung möge alle Taten verhindern und ahnden, die eine politische oder wirtschaftliche Zurücksetzung und Unterdrückung aus nationalen Gründen bedeuten sowie nationale Hetze und Aufforderung zum Boykott von Bürgern anderer Völker u. dgl. mehr.

2. Demokratische Novellierung des Sprachengesetzes

"Das Gesetz über die Sprachenverwendung in der Tschechoslowakei wurde seinerzeit als Konzession gegenüber den tschechischen chauvinistischen Hetzern angenommen und widerspricht dem Geist der demokratischen Verfassung der Republik."

Dieses Gesetz ist ein ernsthaftes Hindernis des Ausgleichs zwischen Tschechen und Deutschen und wird heute immer mehr zu einem ernsthaften Hindernis Im Kampf um die Gewinnung der deutschen Bewohnerschaft für die Belange der Verteidigung der Republik. Wir fordern deshalb: Das Sprachengesetz möge im Geiste des demokratischen Ausgleichs zwischen Tschechen und Deutschen

dermaßen novelliert werden, daß jeder Deutsche die Möglichkeit hat, vor Behörden und Gerichten seine Muttersprache anzuwenden.

3. Gewährleistung

des Muttersprachenunterrichts für alle Kinder deutscher Nationalität

Die nationale Unterdrückung an den Schulen war zur Zeit Österreichs eine der brennendsten Fragen des tschechischen Volkslebens. Die Forderung der deutschen Bewohnerschaft nach muttersprachlicher Bildung für jedes deutsche Kind ist heute für die deutsche Bewohnerschaft ebenso heikel und muß als einer der Grundsteine eines demokratischen Nationalitätenausgleichs erfüllt werden

Wir fordern deshalb: Die "Lex Uhlir" möge aufgehoben und es mögen dort, wo es notwendig ist, Schulen für die nationalen Minderheiten ebenso wie tschechische Minderheitenschulen errichtet werden. Im Rahmen der allgemeinen Gesetze und Verordnungen möge in allen Fragen des deutschen Schulwesens und Unterrichts nach den Bedürfnissen der deutschen Bewohnerschaft entschieden werden, Gleichzeitig möge die Kontrolle intensiviert werden, damit der Unterricht einem demokratischen Geist entspricht.

4. Gewährleistung

der vollen Unterstützung deutscher kultureller Einrichtungen

Die kulturelle Annäherung des deutschen und des tschechischen Volkes soll von der Regierung mit allen Mitteln unterstützt werden, Zu diesem Zweck sollen deutsche kulturelle Einrichtungen und Vorhaben der deutschen Bewohnerschaft in der Tschechoslowakei (Theater, Literatur, Kunst, Volksbildung, Sport usw.) ebenso unterstützt werden, wie die tschechische Kultur. Gegen hitlerorientierte Tendenzen und nationalistische Hetze in Schule, Theater, Literatur, Kunst und Sport möge mit aller Schärfe vorgegangen werden.

5. Nationale Gerechtigkeit im Verwaltungsapparat und in staatlichen Betrieben

In sämtlichen Verwaltungsbereichen (bei Bahn, Post, Finanz-, Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden, Gerichten, kommunalen Dienststellen, in staatlichen Betrieben usw.) möge die Zusammensetzung der Staatsbediensteten nach nationalem Schlüssel erfolgen, wobei der Verwaltungs- und Staatsapparat von reaktionären Feinden der Republik und der Demokratie ohne Rücksicht auf deren Volkszugehörigkeit zu säubern ist. Dabei möge von

den Beamten in gemischtsprachigen Gebieten verlangt werden, daß sie die Sprache der Minderheit beherrschen und daß Amtshandlungen auch in dieser Sprache erfolgen. Die nationale Gerechtigkeit im Verwaltungs- und Staatsapparat soll nicht durch Entlassung tschechischer Arbeitnehmer erzielt werden, sondern durch Verkürzung der Arbeitszeit, Diensterleichterungen, Rückführung der tschechischen Arbeitnehmer in tschechisches Gebiet und durch die Neueinstellung deutscher Arbeitnehmer.

6. Gewährleistung nationaler Gerechtigkeit in Wirtschaftsfragen und in der Sozialpolitik

Die staatlichen Investitionen und Zuschüsse zu Sozialleistungen mögen national gerecht und mit besonderer Berücksichtigung der Not in den deutschen Gebieten der Republik verteilt werden. Bei Notstandsarbeiten und staatlichen Investitionen auf deutschem Gebiet möge

nach nationalem Schlüssel die dortige Bevölkerung beschäftigt werden. Bei der Vergabe von Bauaufträgen, Lieferungen und bei der Erteilung von Lizenzen dürfen deutsche Gewerbetreibende nicht umgangen, sondern sie müssen gerecht berücksichtigt werden. Für große Notstandsgebiete möge eine großzügige staatliche Hilfsaktion durchgeführt werden. Staatliche Mittel sowie Mittel aus verschiedenen Hilfsaktionen mögen von den Gemeinden und Bezirken auf national gerechte Weise verteilt werden. Gesamtstaatliche Wirtschaftseinheiten mögen durch die Regierung angehalten werden, sich im Rahmen ihrer Wirkungsbereiche an Hilfsaktionen für die deutschen Notstandsgebiete zu beteiligen.

7. Verwaltungsreformen zugunsten der deutschen Bevölkerung

Bei sämtlichen Ministerien mögen deutsche Sektionen errichtet werden, die besondere Anliegen der Deutschen behandeln und für eine national gerechte Durchführung der Gesetze und Verordnungen sorgen würden. Im Rahmen der Regierung möge ein besonderes Kollegium der deutschen Minister errichtet werden, das jedes Gesetz und jede Verordnung vor Kodifizierung vom Standpunkt der Bedürfnisse und Rechte der deutschen Bevölkerung prüfen würde. Das deutsche Ministerkollegium und die deutschen Sektionen in den Ministerien dürfen nicht auf bürokratische Weise arbeiten, sondern sollen in engstem Kontakt mit der deutschen Bevölkerung ihre Belange in der zentralen Verwaltung des Staates und der Regierung geltend machen.

Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei legt diese Forderungen der Regierurig sowie der gesamten Öffentlichkeit vor und verlangt ihre Erfüllung im Interesse der Verbesserung der Beziehung der deutschen Bewohnerschaft zur Republik, Im Interesse der Vertiefung und Ausweitung der Demokratie in der Tschechoslowakei sowie im Interesse der Wehrhaftigkeit der Republik gegen ihre ausländischen und inneren Feinde,

Prag, am 6. November 1936

Für das Zentralkomitee der KPTsch Bruno Köhler, Kl. Gottwald

Prof. Dr. Wjatscheslaw Daschitschew: Vertreibung ein Verbrechen



Prof. Daschitschew

Der russische Historiker und Gorbatschow-Berater, Prof. Daschitschew, sagte in einem Interview, daß man in Russland die Konferenzen von Jalta und Potsdam heute anders beurteile als früher. Die Zerstückelung Deutschlands sei gegen die Interessen Russlands gewesen, weil sie den Kalten Krieg und damit die Präsenz der USA in Europa erleichtert hätte. Die Regierung Dönitz hätte im Amt bleiben sollen. Die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen sei ein Verbrechen gewesen. Über das Schicksal von Königsberg und Ostpreußen könne man noch diskutieren. Deutschland werde heute von den USA für das Erreichen globaler Ziele benutzt,

da ihm dafür allmählich die eigenen Mittel ausgehen. Ein selbständiges und wirklich souveränes Deutschland sei im Interesse Russlands. Auf der Beliebtheitsskala rangiere bei den Russen Deutschland an erster Stelle.

Quelle: Internet

Bin Ladin und Hannibal

Hannibal war ein richtiger Heerführer, während Usama Bin Ladin einen asymmetrischen Krieg führte. Lassen sich beide vergleichen? In Teilen ja, denn beide reizten eine Weltmacht mit ungewöhnlichen Mitteln. Hannibal kam mit Kampfelefanten und Bin Ladin, wie es heißt, mit Rammflugzeugen gegen Hochhäuser. Beide zogen sich dadurch den unversöhnlichen Haß ihrer Feinde zu. Während sich Hannibal nach Bithynien absetzte, tauchte Bin Ladin in Pakistan unter. Beide wurden von Spezialtruppen aufgespürt, Bin Ladin am 2. Mai 2011, Hannibal im Jahre 183 v.Chr. Als letzterer in seiner Villa umzingelt war, vergiftete er sich. Dabei sprach er: "Es ist nun an der Zeit, die Angst der Römer zu beenden. Sie sind nicht in der Lage, länger auf den Tod eines alten Mannes zu warten, der ihnen so viele Sorgen bereitet hat."

In beiden Fällen nahmen es die Verfolger mit dem Völkerrecht nicht ganz so genau. Schade aber auch um gewisse ungeschriebene Gesetze der abendländischen Kultur, so bei der Beseitigung der sterblichen Überreste Bin Ladins. Erinnern wir uns an die Ilias. Sie beginnt mit dem Zorn und endet mit der Herausgabe des Leichnams. Da genau beginnt abendländische Humanität!

F.V.

Pavel Kohouts verengter Blick auf die Geschichte

von F.Volk



Pavel Kohout, * 1928

Seit wenigen Wochen gibt es Pavel Kohouts Autobiographie auch in deutscher Übersetzung. Ihr Titel lautet: "Mein tolles Leben mit Hitler, Stalin und Havel". Kohout (zu deutsch Hahn) will damit sagen, daß er das Protektorat erlebte, danach eifriger Kommunist war und schließlich Kontakt zur Bewegung "Charta 77" und zu Vaclav Havel hatte. Da er bei Kriegsende siebzehn Jahre alt war, kann er einige wichtige Einzelheiten aus der Protektoratszeit mitteilen. Im Großen und Ganzen hängt er aber noch der Fiktion an, die CSR sei bis 1938 eine vorbildliche Demokratie gewesen, der die Sudetendeutschen 1938 mutwillig "den Rücken gekehrt" hätten (S.41, S. 60, S. 62 usw.). Von Petka, Revers-Demokratie oder dem Gesetz zum Schutz des Staates, das praktisch schon 1923 die Pressefreiheit abschaffte, scheint er noch nichts gehört zu

haben. Immerhin räumt er ein, daß die CSR keine "zweite Schweiz" geworden sei (S. 387). Falsch liegt er aber, wenn er den Grund dafür in der Weltwirtschaftkrise sieht. Kohout fordert, die Geschichte des Sudetenlandes nicht erst 1945 beginnen zu lassen, vermeidet es aber selbst, bis 1918 zurückzugehen, als die Einbeziehung der Sudetendeutschen in den neuen Staat mit gefälschten Landkarten und Dokumenten erschwindelt wurde. Kohout verbreitet auch den Mythos vom "erfolgreichen Kampf" und der "Kampftradition" der tschechischen Legionen in Sibirien (S. 396 f.). Ein Blick in General Sakharows Schriften hätte ihm die Lächerlichkeit seiner Aussage gezeigt. Überhaupt scheinen an ihm neunzig Jahre Geschichtsforschung spurlos vorbeigegangen zu sein, denn immer noch sieht er als "grundlegende Aufgabe" für die "politische Geschichtsschreibung" der Tschechen die Bewertung der "Taten und Untaten der letzten drei Generationen" an (S. 241)! Das Ausland und mancher tschechische Landsmann Kohouts, ja sogar die Sudetendeutschen, sind da schon um Lichtjahre weiter!

Die interessanteren Stellen in Pavel Kohouts Text beziehen sich auf die Protektoratszeit: Pavel wurde mit vierzehn Jahren (1942) vom "Kuratorium zur Jugenderziehung", einer Art tschechischer Nazi-Organisation (Stichworte: Gajda, Rys-Rozsevac), rekrutiert. Seine Mutter meldete ihn wieder ab, weil er schon bei den "Böhmischen Brüdern" aktiv war (S. 44). Richtig sieht Kohout das Problem der Kollaborateure, die, um sich reinzuwaschen, nach dem 5. Mai 1945 besonders grausam gegen Deutsche vorgingen (S. 63). Aber Vorsicht! Dieses Eingeständnis kann auch als Verharmlosung des Wütens gedacht sein! Wenn er aber sagt, seine Landsleute seien 1938 kampflos und "in Scharen" zum Gegner übergelaufen (S. 177), so könnte das vielleicht eine unbeabsichtigte Erklärung für die große Verbreitung des Wütens sein? Trauriges sagt Kohout von den Juden. Viele von ihnen hätten ihre Wertsachen vor ihrer Flucht oder Verhaftung ihren tschechischen Nachbarn zur Aufbewahrung anvertraut. Als sie nach dem Kriege wieder kamen, litten auffällig viele Tschechen an Gedächtnisschwäche und rückten nichts mehr heraus. Unwillkürlich denkt man hierbei an das Buch von Radka Denemarkova (Ein herrlicher Flecken Erde) oder gar an das Verhalten einiger tschechischer Berufsverbände schon vor der Protektoratserrichtung (sapienti sat!). Kohout hat auch die Studentenbewegung in der BRD beobachtet und attestiert den sogenannten "linken Eliten" von 1968, ähnlich verblendet gewesen zu sein, wie er zur Zeit des Slansky-Prozesses. Er traut ihnen sogar Komplizenschaft mit dem tschechischen Staatsschutz zu, eine Vermutung, die auch für Sudetendeutsche sehr interessant ist (S. 216). Die Ostermarschierer hält er für naiv.

Sympathisch ist Kohouts Charakterstärke im Widerstand gegen den Breschnew-Kommunismus. Ganz unrühmlich ist dagegen sein Festhalten an der kleinkarierten Weltsicht des Herrn Benesch. Viel zu leicht macht er es sich mit seiner Verstrickung in den Kommunismus der fünfziger Jahre, zumal er kurzzeitig sogar Zuträger des Staatssicherheitsdienstes war. Er tut alles als jugendliche Verblendung und Reflex auf die NS-Besetzung der CSR ab. Bei den Sudetendeutschen vergisst er aber, daß auch deren Heimat 1918 von den Tschechen gewaltsam besetzt wurde. Am Schluß hilft vielleicht ein zynisches Bonmot, wonach Intellektuelle Leute sind, die viel über Dinge reden, von denen sie nichts verstehen und für die sie nicht gerade stehen müssen. Der Schriftsteller und Bühnenautor Pavel Kohout gilt als Intellektueller und ist öfter auf diesen "Intellektuellen-Rabatt" angewiesen.

<u>Überraschung in Prag: Zulassung der</u> "Sudetendeutsche Landsmannschaft in Böhmen, Mähren und Schlesien"

Wie schon früher berichtet, hat sich in der CR vor anderthalb Jahren eine "Sudetendeutschen Landsmannschaft in Böhmen, Mähren und Schlesien" gegründet. An der Spitze der Vereinigung stehen die Herren Jan Sinagl, Tomas Pecina und Wolfgang Habermann. Das Prager Innenministerium weigerte sich, die neue Gruppierung ins Vereinsregister aufzunehmen, weil sie in ihren Statuten auch die Aufhebung der Beneš-Dekrete fordern, was verfassungs- und gesetzesfeindlich sei. Gegen diese Entscheidung reichte die neue Bürgervereinigung Klage vor dem Verwaltungsgericht ein. Dem drei Mitglieder zählenden Senat gehörten mit Frau Veberova und Frau Hroudova zwei ehemalige Kommunistinnen an.



Tomas Pecina

Ein Befangenheitsantrag wurde abgelehnt und der Termin auf den 31. März 2011 festgelegt. Tomas Pecina, der den Verein vor Gericht vertrat, berichtet im Internet:

"Ich erlaube mir zu behaupten, dass die Verhandlung für alle Anwesenden denkwürdig war. Den kommunistischen Richterinnen hielt ich zuerst einen zehnminütigen Vortrag über die Mangelhaftigkeit ihres Charakters und über ihre Unfähigkeit als Richter einem demokratischen Land gerecht zu werden. Die Genossinnen waren nicht fähig, ernsthafte Einwände zu erheben. Sie machten lediglich ein saueres Gesicht, vor allem, als die Öffentlichkeit, die den größten Saal in der Hybernie-Strasse gefüllt hatte, zu meinen Äußerungen applaudierte.

Wir verzichteten darauf, uns zur Sache zu äußern. Auch haben wir uns die Urteilsverkündung nicht mehr angehört. Überraschenderweise fiel sie dann doch zu unseren Gunsten aus. Nach der Erklärung der Gerichtssprecherin vertrat der Senat die Auffassung, dass, wenn der Ministeriumsentscheid wegen Unprüfbarkeit aufgehoben wurde, das Ministerium eine Entscheidung mit einer besseren Begründung treffen könne. So begänne das Martyrium des Rechtsweges von Neuem. Dem ist aber nicht so. In einem Verfahren nach dem Gesetz über Bürgervereinigungen stellt das Gericht das Berufungsorgan sui generis dar und die Aufhebung des Verwaltungsentscheides bedeutet automatisch die Registrierung (vgl. § 8 Abs. 4 des Gesetzes). Die Aufhebung der Entscheidung und die Registrierungsablehnung können nur durch das Oberste Verwaltungsgericht erfolgen. Hiermit danke ich herzlich allen, die uns heute unterstützt haben."

In einer weiteren Erklärung sagte Herr Pecina:

"Ich freue mich natürlich, aber es wird nicht einfach sein, die tschechische Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass sie endlich aufhören muss, die Sudetendeutschen generell als Kriegshetzer und Nazis zu sehen, wie es die Kommunisten Jahrzehnte lang dargestellt haben. Die Sudetendeutschen waren in erster Linie Menschen, die ihre Heimat liebten, genauso wie wir, und dass sie uns in Manchem nützlich sein könnten, z. B. mit ihrem Demokratieverständnis. Wir wissen noch nicht richtig wie Demokratie funktioniert, weil der Umsturz des totalitären Regimes noch nicht so lange her ist und wir uns erst an die Freiheit gewöhnen müssen."

Warnung aus München

Wie schon am 4. September 2009 ging Franz Pany unverzüglich in Abwehrstellung gegen die neue Gruppierung in Böhmen. Er betonte das Urheberrecht der "Münchner" SL auf den Namen Sudetendeutsche Landsmannschaft und auf das SL-Wappen. Ferner stehe die Sudetendeutsche Landsmannschaft mit der tschechischen Bürgervereinigung gleichen Namens in keiner Verbindung. Mit der rechtmäßigen Vertretung der Landsmannschaft in der Tschechischen Republik sei seit dem Jahr 2003 ausschließlich das Sudetendeutsche Büro in Prag mit Herrn Barton an der Spitze beauftragt.

Kopfschütteln beim Fußvolk

Wenn man vor einer schwierigen Aufgabe steht, freut man sich über Verbündete. Doch in München ist das etwas schwieriger. Schon beim Namen bestreiten die "Prager", jemals daran gedacht zu haben, das Namensrecht der "Münchener" in Frage zu stellen. In Planung sei eine andere juristische Konstruktion. Auch über den abgebrochenen Briefwechsel gibt es gegensätzliche Darstellungen. Die Gruppierung aus Böhmen nennt die Behauptungen der Münchener "unseriös".

Hätte man das nicht im Vorfeld geräuschloser abklären können? Das einfache Fußvolk hätte aus München zumindest eine weniger schroffe Erklärung erwartet, etwa in dem Sinne: "Wir lehnen die Verwendung unseres Namens ab, sehen in den Bemühungen der neuen Gruppe aber eine Bestätigung unserer Ziele." Ohne Zweifel ließe sich unter besonnenen Leuten auch jetzt noch eine Lösung finden.

Ältere Landsleute erinnern sich bei diesen Vorgängen an das Jahr 1990, als in Böhmen sogar der Aufbau einer Sudetendeutschen Partei im Gange war. Auch damals gab es aus München nur strikteste Ablehnung und eine nachfolgende "Bestrafung" Pilsens, der zweitgrößten Stadt der damaligen CSSR. Dort wohnten nämlich die wichtigsten Mitglieder des Gründungskomitees, weshalb von der Einrichtung eines Begegnungszentrums zunächst abgesehen wurde.

Leider ist die Liste der verschmähten Bundesgenossen noch länger. Die SL hat vor wenigen Jahren auch die Einladung der EUFV (Europäische Union der Flüchtlinge und Vertriebenen) ausgeschlagen, was an der Basis weitgehend auf Unverständnis stößt. Desinteressiert zeigte sich die SL bisher auch an juristischen Schritten zur Heilung der nach 1945 erlittenen Menschenrechtsverletzungen. Die neunzig Kläger gegen die CR blieben auf sich alleine gestellt.

Woher kommt die maßlose Selbstüberschätzung der SL in München? Ihre bisherigen Erfolge waren doch eher bescheiden. Im Verbandswesen sind Ableger und Nebenzirkel immer Symptome für eine an der Basis schwelende Unzufriedenheit. Offenbar sind die Verbandsstrukturen nicht mehr in der Lage, die Meinung der Basis "nach oben" zu transportieren.

Internationale Kontakte der EUFV werden ausgebaut



Dr. M.Lacota

Der Generalsekretär der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen (EUFV), Herr **Dr. Massimiliano Lacota**, stattete der Republik Armenien vom 22. bis 27. April 2011 einen offiziellen Besuch ab. Im Rahmen mehrerer Begegnungen mit den Spitzen des Staates und der Regierung wurde ein Protokoll über die Zusammenarbeit mit der armen. Menschenrechtsstiftung **Noravank** unterzeichnet, das der Entwicklung der Beziehungen im kulturellen und historischen Bereich zwischen den Institutionen der Republik Armenien und der Europäischen Union der

Flüchtlinge und Vertriebenen dienen soll. Während seines Aufenthaltes in der kaukasischen Republik besuchte Herr Dr. Lacota die Gedenkstätte *Tsitsernakaberd* und traf sowohl mit Spitzenvertretern kultureller Organisationen und Vereinigungen der Hauptstadt als auch mit diplomatischen Vertretern der EU-Regierungen in Eriwan zusammen.

Die Unterzeichnung einer Vereinbarung in Gegenwart des Ministerpräsidenten ist ein weiterer Schritt der internationalen Akkreditierung der EUFV im Interesse ihrer Projekte zur Wahrung der Erinnerung und der Rechte der Vertriebenen und Flüchtlinge.

"Zweiunddreißig Stunden zwischen Hund und Wolf" Die Tötung Deutscher in Haida (Nový Bor)

Am 2. Juni 1945 haben in Haida (jetzt Novy Bor) Soldaten der tschechischen Revolutionsgarde acht unschuldige deutsche Männer und Frauen gefoltert und vor dem Rathaus erschossen, ein weiterer deutscher Bürger wurde am folgenden Tag willkürlich aus einem Transport herausgeholt und ebenfalls getötet. Die Leichname wurden vierundzwanzig Stunden an Ort und Stelle belassen und



Autor Jan Tichy

dann in einem Massengrab verscharrt. Jahrzehnte lang unterlagen diese Ereignisse einem Tabu. Nach der Wende von 1989 kam es schrittweise zu Kontakten mit den Vertriebenen, wobei besonders die Verbindung zum Glasmacherort Zwiesel eine Rolle spielte, weil viele Haidaer Glasarbeiter nach der Vertreibung dort gelandet waren. Bei den Begegnungen kamen auch die erwähnten Morde zur Sprache. Im Mittelpunkt standen bald Hans Träger und Jan Tichy. Träger war der Sohn des damals ebenfalls ermordeten Haidaer Chefarztes und Tichy hatte sich in Zeitungsreportagen bereits gründlich mit den Geschehnissen vom Juni 1945 befaßt.

Am 25. Januar 2006 sprach sich die Stadtvertretung von Nový Bor auf Gesuch einiger Hinterbliebener für die Errichtung eines Gedenksteins mit deutscher und tschechischer Inschrift auf dem Haidaer Waldfriedhof aus. Fünf Räte haben sich dabei der Stimme enthalten, dagegen war der einzige Vertreter der Kommunistischen Partei im Stadtrat. Und bereits im Rahmen der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Kriegsendes im Mai 2005 wurden auch diese neun Opfer erwähnt und ihrer bei einem Pietäts-Akt am Versöhnungskreuz im Walfriedhof durch die Vertreter der Stadt gedacht. Tichy wollte jedoch noch mehr und verfasste über die Angelegenheit ein Buch. Sein Titel ist: "Zweiunddreißig Stunden zwischen Hund und Wolf" und spielt auf eine tschechische Redensart, die "Zwielicht" bedeutet, an. Das Buch ist in tschechischer und deutscher Sprache erschienen, doch die deutsche Version ist zur Zeit vergriffen.



Die nationalen Kreisen haben das Buch zähneknirschend hingenommen, doch als Tichys Werk nun auch für die Bühne bearbeitet und vom Aussiger Theater gespielt wurde, kam es zu heftigen Protesten. Ein ehemaliger Panzergeneral sprach beim Bürgermeister vor und die Europaabgeordnete Bobosikova fürchtete, daß Tschechien allmählich die "Hundehütte" der Deutschen wird. Höhepunkt war eine Pressekonferenz der Theatergegner in Haida am 23. Feber 2011 um 17.00 Uhr. Ziel war, "zunehmende Bestrebungen zu verhindern, Kriegsverbrecher reinzuwaschen". Anderthalb Stunden später begaben sich die Anwesenden vor das städtische Theater, um gegen die Aufführung des Dramas zu protestieren. Es wurde ein Flugblatt verteilt, das Tichy als "nazistisch angehaucht" beschimpft und ihm Agitation wie Goebbels vorwirft. Besucher der Aufführung wurden mit skandierten Lidice-Rufen empfangen und als Hitleristen beschimpft.

Dazu zwei Stimmen: J. Štoček schreibt in Mlada fronta dnes, daß die Aufschriften der Transparente falsch gewesen seien. Statt "Lidice" hätte darauf stehen müssen: "Ich habe Angst, dass der Erbe des Vorkriegsbesitzers mein Haus bekommt." Es ginge nur um das Geld und den Besitz der vertriebenen Deutschen.

Jan Solc, ehem. Parlamentsabgeordneter und politischer Berater des Ex-Staatspräsidenten V. Havel, meinte zu den Protesten: Der Autor hat sich der roten Propaganda entgegengestellt und jetzt fallen sie über ihn her. Gegen das Denkmal am Friedhof wurden inzwischen übrigens mehrere Tausend Unterschriften gesammelt.

Schändung des Gedenkkreuzes bei Dobrenz

(Nach einer CTK-Übersetzung von M. Najdek)

Unbekannte Täter haben das Kreuz in Dobrenz bei Iglau abgeholzt. Es wurde im August vorigen Jahres an der Stelle aufgestellt, wo am 19. Mai 1945 dreizehn Deutsche erschlagen und verscharrt wurden. Die Polizei erhielt eine Nachricht von der Tat am Mittwoch, dem 16.März 2011, nach 17 Uhr. Vermutlich steht die Tat im Zusammenhang mit den tags zuvor abgehaltenen Feiern zum Gedenken an die Protektoratserrichtung am 15. März 1939. Die Sprecherin der Bezirkspolizei, Frau Dana Čirtková, führte aus: "Das Kreuz wurde in der Hälfte abgeschnitten. Auf dem Teil, der im Boden steckenblieb, wurde ein Selbstkleber mit der Aufschrift 'antifa.cz' gefunden". Die Polizisten befassen sich außer mit der Suche nach dem Täter auch mit der rechtlichen Wertung des Falles. "Es kommt auch auf den verursachten Schaden an", ergänzte die Sprecherin.



Schmäh-Tafeln schon vor dem Absägen des Kreuzes

Schon vor dem Abholzen des Kreuzes befestigten Unbekannte zwei Holztäfelchen mit antideutschen Aufschriften. Auf dem einen stand: "Nehmt die Reste der Nazis nach Deutschland und verschmutzt uns damit nicht tschechische Friedhöfe." Das zweite Täfelchen bezeichnete die Morde als eine schwache Rache für Lidice, Ležáky, Ploština, Groß Meseritsch (Velké Meziříčí), Triesch (Třešť) und andere.

Die Aufschriften sind offensichtlich das Ergebnis des Zwistes um die Aufstellung eines Denkmales für die erschlagenen Deutschen auf dem Friedhof in Dobrenz. Den Antrag dafür stellte der aus Dobrenz vertriebene Johann Niebler im Namen der Hinterbliebenen. Der Gemeinderat, der Mitte Februar zusammengekommen ist, hat darüber noch nichts beschlossen. Die Bewohner von Dobrenz haben sich in zwei Gruppen geteilt. Eine wird von Bürgermeister Vlach geführt, die andere schart sich um den ortsansässigen Jiri Kazatel (zu deutsch: Prediger!). Der ist der Meinung, dass man auf der Wiese Budinka ein Mahnmal errichten und die Überreste der Toten auf dem Friedhof von Dobrenz beisetzen sollte.

Inzwischen bestätigten Anthropologen, daß im Massengrab die Körper von mindestens 13 Menschen verscharrt waren. Ihr Alter lag zwischen 30 und 60 Jahren. Die Ursache ihres Todes ist weiterhin unklar. Laut einiger Nachrichten wurden die Deutschen mit Schaufeln und Hacken erschlagen. Die Anthropologen konnten dies aber nicht bestätigen. Die Kriminologen untersuchen den Fall seit vergangenem September wegen Verdachtes auf Mord. Das kriminalistische Institut in Prag beschäftigt sich zurzeit mit der Feststellung der DNA-Profils der Knochen.

Stimmen zur Tat:

(Zusammengestellt nach Jan Sinagl)

Milan Litavský, der das Kreuz auf der Wiese Budínka im August 2010 errichtet hat, glaubt, daß das Attentat auf das Holzkreuz die Tat eines hiesigen Schwächlings sei, der "durch den demagogischen Kommunismus des Genossen Bm. Vlach ausgesprochen beeinflusst ist".

Ondřej Matějka von der Vereinigung Antikomplex gab zu bedenken: "Demokratische und freie Gesellschaften sollten ohne persönliche Angriffe diskutieren können".

Jan Šinágl (Sudetenböhmische Landsmannschaft) kritisierte die böhmische Erinnerungskultur: "In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Ist sie derart deformiert und ethisch wie moralisch heruntergekommen, dass sie nicht mehr in der Lage ist, den Kopf zu heben und der Wahrheit über unsere Vergangenheit ins Gesicht zu schauen? …. Mit einem solchen Verhalten werden wir die Fehler der Vergangenheit nur wiederholen! Wozu gibt es den deutsch-tschechischen Versöhnungsfond?"

Jiří Vlach (KSČM), Bürgermeister von Dobrenz, meint: "Eindeutiges und klares Ziel ist es, die Meinung aufzuwiegeln und das Wasser zu trüben". Herr Vlach berichtet, daß er aus irgendeinem Grund sogar eine Strafanzeige gegen die Polizei erstattet hat und fährt fort: "Die Aufschrift habe ich schon gesehen. Ich verstehe das als eine Stellungnahme von irgendjemand zu irgendetwas. Ich bin mit dieser Sicht bei älteren Leuten konfrontiert, die die Strapazen des Krieges erlebt haben, oder von ihnen von ihren Eltern gehört haben". Direkt zum Text auf den Tafeln wollte der Bürgermeister keine Stellung nehmen. Er bemerkte aber weiter: "Jedes Verbrechen soll bestraft werden. Jeder hat das Recht darauf, würdevoll begraben zu werden. Die ersten Vorstellungen waren die, sie in Deutschland zu begraben. Das Gesetz über das Bestattungswesen sagt aber, dass die Menschen im Ort begraben werden sollen, wo die Überreste gefunden wurden". Betreffs eines möglichen Denkmals und Grabes auf dem Donbrenzer Friedhof verhandele er jetzt mit der deutschen Seite und hoffe, dass die Angelegenheit bald abgeschlossen wird. "Die Deutschen lebten hier neben den Tschechen lange Jahre in Frieden und Ruhe. Als in den 30er Jahren Konrad Henlein an die Macht kam, begannen die Probleme zu kristallisieren. Ich selbst verurteile jede Form von Gewalt." ergänzte Vlach. Schließlich möchte er von den Historikern wissen, wie viele Deutsche, die "angeblich" auf der Wiese Budínka getötet wurden, Mitglieder der SS oder NSDAP waren. "Es ist nötig das zu untersuchen und zu dokumentieren", meinte Jiří Vlach.

Neue Massengräber im Waldenburger Land

In Polen und in den ehemaligen deutschen Ostgebieten wurden in letzter Zeit mehr als ein Dutzend Massengräber entdeckt. Das bekannteste war das von Marienburg. Nun berichtete "Polskaweb" unter dem 15.3.11 von weiteren 37 Massengräbern in der Nähe von Waldenburg. Sie sollen nach amtlicher Auskunft die Überreste von 48.000 Toten enthalten.

Über die Nationalität dieser Toten gibt es Meinungsverschiedenheiten. Polskaweb geht davon aus, daß es sich um Deutsche handelt und liefert dafür mehrere Indizien. Die allgemeine Literatur und die unzähligen Berichten über die Lokalgeschichte Waldenburgs enthielten bisher keinen Hinweis auf die Existenz dieser Gräber. Polskaweb schließt auch aus, daß die Toten etwas mit den Zwangsarbeitern der 12 Außenlagern des KZ Gross Rosen zu tun haben. Dort bauten maximal 13.500 Männer verschiedener Nationalitäten ein Tunnelsystem und wurden beim Näherkommen der Front evakuiert.

Inzwischen hat der "Rat für den Schutz der Erinnerung an Kampf und Martyrium" in Warschau diese Toten für sich in Anspruch genommen. Auf zwei offenbar "nicht sehr alten" Gedenktafeln in den Orten Walim (Wüstewaltersdorf) und Gluszyca (Wüstegiersdorf) im Eulengebirge nahe der Grenze zu Tschechien ist zu lesen: "Hier liegen 18 000 jüdische Opfer des nationalsozialistischen Terrors begraben" bzw. in Walim: "Hier liegen 30 000 unbekannte Opfer des nationalsozialistischen Terrors begraben".

Die Zweifel könnten vielleicht durch Gerichtsmediziner und DNA-Proben aufgehellt werden, aber wieder muß man feststellen, daß weder die Regierung in Berlin noch der BdV ihrer Pflicht nachkommen. Nichtdeutsche Vereinigungen kümmern sich mehr um mögliche deutsche Opfer als deutsche Stellen.

Dissidenten-Klage

Man schreibt selbst, man redigiert selbst, man zensiert selbst, man verteilt selbst und sitzt auch die Strafe dafür selbst ab.

(Wladimir Bukowsky, russischer Bürgerrechtler, der vor allem den Miβbrauch der Psychiatrie gegen Dissidenten bekämpfte)

Adieu, Menschenrechte und diplomatischer Schutz!

Der Deutsche Bundestag fasste am 27.01.2011 wieder einen fatalen Beschluß. Auf Empfehlung des Petitionsausschusses lehnte er es ab, die Maßstäbe der Menschenrechte auch auf die Vertreibung Deutscher nach 1945 anzuwenden. Die Vorsitzende dieses Ausschusses ist Kersten Steinke, früher SED, jetzt "Die Linken", die aber ganz offensichtlich auch im Einverständnis mit den anderen Parteien handelte. Hier die Einzelheiten der Reihe nach:

Bürger B. aus Rheinland-Pfalz bat am 07.03.2008 in einer Petition an den Deutschen Bundestag um Unterstützung bei der Durchsetzung der ihm zustehenden Menschenrechte gegenüber den Vertreiber- und neuen EU-Mitgliedstaaten. Diese sollten veranlaßt werden, Rehabilitierungs- und andere Gesetze zu verabschieden, die es den Vertriebenen ermöglichen, erforderlichenfalls ihre Rechte auch vor deren Gerichten einzuklagen. Der Petitionsausschuß empfahl am 07. Mai 2009 Ablehnung und gab folgende Begründung:

"...die Vertreibung geschah nicht in einem geschichtslosen Raum, sondern in einem historischpolitischen Kontext: Seit 1939 hatte das nationalsozialistische Deutschland Europa mit einem
zerstörerischen Krieg und mit einer menschenverachtenden Rassenlehre überzogen.... ...Der
Petitionsausschuss sieht die heutige Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin des
Deutschen Reiches nicht als geeignet an, andere Nationen der Menschenrechtsverletzungen
anzuklagen... Der Petitionsausschuss unterstützt aus diesen Gründen das Anliegen des Petenten
nicht und empfiehlt, das Petitionsverfahren abzuschließen..."

Leider folgte der Bundestag dieser Empfehlung. Petent B. wollte sich damit nicht abfinden. Sein Einspruch führte am 27.01.2011 zur endgültigen Ablehnung, die mit einer weiteren Variante begründet wurde:

"Der vom Petenten als wissenschaftlicher Kronzeuge angeführte Autor **Alfred de Zayas** hat viele Anhänger unter einem Teil der Vertriebenen, ..., ist aber auch heftig umstritten, da er die Geschichte von Flucht und Vertreibung aus dem zeitgeschichtlichen Kontext, ihrer Vorgeschichte und ihrem Ursachengeflecht herauslöst. Historikerkollegen werfen ihm auch vor, durch die einseitige Opferperspektive wissenschaftliche Standards der Geschichtswissenschaft nicht gerecht zu werden..."

Petitionsausschuß und Bundestag irren in folgenden Punkten:

- 1. Die Vertreiber wollen ihre Untaten im historisch-politischen Kontext sehen. Wenn Vertriebene ihrerseits auf diesen Kontext hinweisen, wird ihnen "Aufrechnung" oder "Relativierung" vorgeworfen. In der Tat ist jedes Verbrechen für sich zu nehmen. Andernfalls versündigen wir uns am Völkerrecht und fallen zurück in die Zeit der Blutrache. Das Völkerrecht ist höherrangig als das Grundgesetz und umfaßt auch die Haager Landkriegsordnung, die unzweifelhaft schon 1945 galt. Der Bundestag ignoriert diese Tatsachen, obwohl ihm das Fachwissen zahlreicher Juristen zur Verfügung steht
- 2. Die wissenschaftliche Qualifikation Prof. de Zayas steht außer jeden Zweifel. Zu groß ist die Zahl seiner Berufungen und Funktionen im Wissenschaftsbetrieb und in der Politik. Der Petitionsausschuß setzt sich nicht mit seinen Sachargumenten auseinander, sondern wählte den Angriff "ad personam". Das Ansehen Prof. de Zayas hängt auch nicht von der Zustimmung der Vertriebenen ab, sondern von der Qualität seiner Arbeit. Unerträglich ist es, den Umgang mit ihnen als rufschädigend darzustellen.
- 3. Nur am Rande sei auf eine bedauerliche Wissenslücke des Bundestages hingewiesen. Er bezeichnet die Bundesrepublik Deutschland als "Rechtsnachfolgerin" des Deutschen Reiches. Das Bundesverfassungsgericht stellte am 31. Juli 1973 aber fest, daß sich aus der Präambel des GG, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG der Fortbestand des Deutschen Reiches ergibt. Die Bundesrepublik ist kein neuer Staat, sondern nur die Neuorganisation eines Teiles Deutschlands.



Politiker-Portrait

Frau Kersten Steinke, DIE LINKE, *1958 in Bad Frankenhausen/Thüringen, verheiratet, zwei Kinder, Vorsitzende des Petitionsausschusses. 1965 bis 1975 Besuch der Polytechnischen Oberschule. 1975 bis 1978 Berufsausbildung zum Agrotechniker/Mechanisator mit Abitur. Fernstudium mit Abschluss Agraringenieurin der Tierproduktion.

1981 bis 1983 Futterökonom in der LPG (T) Bad Frankenhausen, 1983 bis 1989 Sekretär des Kreisvorstandes des Verbandes der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter (VKSK) Artern, 1991 bis 1993 arbeitslos, 1993/1994 Anzeigenberaterin beim "Echo-Verlag" Wiehe, 1994/1995 und 2002/2003 arbeitslos, 2003/2004 politische Mitarbeiterin im Landesverband der PDS. Mitglied in der Ortsvereinigung Jugendweihe e. V. Bad Frankenhausen und bei der Jugendweihe

Sömmerda und Umland e. V.; Mitglied VVN/BdA Thüringen.

1981 bis 1989 Mitglied der SED, danach der PDS/Die Linkspartei.PDS (ab 16. Juni 2007 DIE LINKE.), 1989 bis 1991 Kreisvorsitzende der PDS Artern, 1995 bis 1998 stellvertretende Landesvorsitzende der PDS Thüringen, 1990 bis Juni 2010 Mitglied des Kreistages Kyffhäuserkreis, 1998 bis 2006 Mitglied und Sprecherin des Bundesparteirates, 2004 bis 2005 Mitglied des Thüringer Landtages, Juni 2006 bis Mai 2010 Mitglied des Parteivorstandes der PDS bzw. DIE LINKE, Juni 2008 bis Mai 2010 Mitglied des Geschäftsführenden Parteivorstandes DIE LINKE.

Mitglied des Bundestages 1998 bis 2002 und seit 2005; seit November 2005 Vorsitzende des Petitionsausschusses. Quelle: Internet

Was wir immer schon ahnten Geheimdienste und Wirtschaft

Immer wieder kommt es in Entwicklungs- und Schwellenländern zu plötzlichen Regimewechseln. Oft munkelt man dabei etwas von Machenschaften gewisser Geheimdienste. Wirtschaftshistoriker haben sich nun mit solchen Ereignissen während des Kalten Krieges befasst und festgestellt, daß 24 Regimewechsel von der CIA und 16 vom KGB "unterstützt" wurden (Dube/Kaplan/Naidu, "Coups, Corporations and Classified Information", April 2011). Neben ideologischen und geopolitischen Zielen ging es dabei meist auch um Wirtschaftsinteressen. Verräterisch waren dabei plötzlich steigende Aktienkurse von Gesellschaften, die vorher von linksorientierten Regierungen enteignet worden waren. Der Anstieg begann in der Regel vier Tage nach Genehmigung einer



Mohammed Mossadegh mit Sohn und Tochter 1951

Geheimdienstmaßnahme von höchster Stelle, in der Regel vom US-Präsidenten. Die harmloseste Erklärung dafür lautet "Insiderwissen" aus dem engsten Kreis der Entscheidungsträger. Die Autoren geben einige Musterbeispiele: 1951 wurde Mohammed Mossadegh Regierungschef im Iran und enteignete die Anglo-Iranian-Oil-Company (AIOC, später BP). Churchill und Eisenhower genehmigten Anfang Juli 1953 die Umsturzpläne von M16 und CIA. Kurz darauf stieg der Aktienkurs der AIOC. Unruhen zwangen Mossadegh zum Rücktritt und die AIOC erhielt vierzig Prozent der Iranischen Ölfelder. Ähnliches wiederholte

sich in Guatemala bei den Kaffeeplantagen der United Fruit Company oder im Kongo beim Sturz von P. Lumumba. Hier waren der belgische Königshof, die Großbank Societe General und der Bergbaukonzern Union Miniere die treibenden Kräfte.

Wo die CIA mitwirkte, stieg immer auch der Import amerikanischer Güter, besonders solcher, die am Weltmarkt nicht mehr wettbewerbsfähig waren. Dieser Effekt war in autokratisch regierten Ländern am stärksten, wo Aufträge ohne demokratische Kontrolle vergeben wurden (und werden?). Bleibt die Empfehlung an Entwicklungsländer, stets die Aktienkurse im Auge zu behalten! (F.Volk nach FAZ vom 26.4.2011)

Mädelschaft "Sigrid" in Wien

Am 7. Jänner 2011 wurde in Wien die "Pennale Mädelschaft Sigrid" aus der Taufe gehoben. Ihre Gründerinnen dürften sich gesagt haben, wenn schon Emanzipation, dann auch auf bisher burschenschaftlichem Gebiet. Ihre Vorbilder sind die traditionsreichen deutschen Burschenschaften, mit deren Zielen es eine gewisse gemeinsame Schnittmenge gibt. Insbesondere spielen in ihrer Programmatik Südtirol und das Sudetenland eine Rolle, für deren "uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht" man/frau eintritt.

Da "Sigrid" eine Schülerinnen-Verbindung ist, können schon vierzehnjährige Mädchen beitreten. In Anlehnung an den "Fux" der Burschenschaften wird das neue Mitglied "Fäh" genannt. Nach einem Jahr steht eine Wissensprüfung an, nach deren Bestehen man/frau die Stufe des "Mädels" erreicht. Nach der Matura oder einer abgeschlossenen Berufsausbildung folgen die Stufen "Hohe Dame" und "Ehren Dame". Die Mitgliedschaft ist jedoch nicht an diesen



Gründungsfest der Mädelschaft zu Wien

"cursus honorum" gebunden, denn auch Damen reiferen Alters können sich der Mädelschaft anschließen, wovon, wie zu erfahren war, durchaus Gebrauch gemacht wird! Der Wahlspruch der Gemeinschaft ist "Edel sei die Frau, hilfreich und gut". Als Bundeshymne erwählte man das Lied "Kein schöner Land…". Zum Programm gehören Singen, Wandern, Sport, Kinobesuche, Aktivenfahrten, Besuch von Bällen und Pflege alter Handwerkskünste. Außen vor sollen Religion und Parteipolitik bleiben. Die jungen Damen tragen möglichst Dirndl und darüber das zwei- bzw. dreifarbige schmale Verbindungsband. Als Treffpunkt dient ein Raum im 14. Gemeindebezirk.

Dem Gründungsakt im Jänner folgte vom 18. bis 20. März ein Gründungskommers, dem rund 70 Personen beiwohnten, darunter auch einige FPÖ-Vertreter.



Wir beklagen den Tod von

Dr. Rudolf Hilf

* Asch, 01.März 1923, + Hamburg, 20. April 2011
Politikwissenschaftler
Ehrenbürger von Asch (As) und mit Bohumil Dolezal Initiator der Aktion "Versöhnung 95"

Unser Kamerad war von 1942 bis 1945 Angehöriger der Luftwaffe. Nach der Vertreibung nach Bayern promovierte Hilf 1951 in München. Danach arbeitete er bis 1959 als außenpolitischer Referent des ersten Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), Rudolf Lodgman von Auen. Es folgte von 1960 bis 1966 die Tätigkeit als Privatsekretär des Prinzen Max Egon von Hohenlohe-Lauenburg, eines Vertreters des böhmischen Hochadels. Von 1967 bis 1973 war Hilf Geschäftsführer des Landesverbandes Bayern des Bundes der Vertriebenen (BdV). Danach arbeitete er bis zu seiner Pensionierung 1988 als Referent in der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung. Seit 1995 war er Mitglied des Sudetendeutschen Rates und des Vorstandes der SL-Landesgruppe Bayern. Zusammen mit Josef Stingl, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, sowie den Professoren Felix Ermacora, Theodor Veiter und Otto Kimminich gründete er 1977 das Internationale Institut für Nationalitätenrecht und Regionalismus (Intereg). Zudem war er Initiator der deutsch-tschechischen grenzüberschreitenden Region Euregio Egrensis. Wir werden Dr. Rudolf Hilf ein ehrendes Andenken bewahren.

+++

Peter Alexanders sudetendeutsche Wurzeln



Peter Alexander Neumayer (+)

Peter Alexander starb am 12. Februar 2011 in einem Wiener Krankenhaus. Der Schauspieler und Entertainer wurde am 30. Juni 1926 als Sohn des Bankangestellten Anton Neumayer in Wien geboren. Er wurde auf die Vornamen Peter Alexander getauft, die er später als Künstlernamen benutzte. Nach der Matura in Znaim (Südmähren) meldete er sich 1944 zur Marine und geriet bei Kriegsende in britische Gefangenschaft. Nach der Entlassung rieten ihm die Eltern zum Medizinstudium, doch Peter entschied sich für die Schauspielschule, die er 1948 abschloß.

Für die Sudetendeutschen sind Peter Alexanders genealogische Wurzeln interessant. Seine Mutter Bertha war die Tochter des Musikalienhändlers Wenzlick in Pilsen, dessen Familie wiederum

aus den sudetendeutschen Dörfern Nürschan, Pscheheischen usw. im Kreis Mies westlich von Pilsen kam. Während des Krieges verbrachte Peter Alexander seine Schulferien öfter auf dem Bauernhof von Verwandten in Nürschan. Als ihn Landsleute nach der Vertreibung nach einem Konzert in Frankfurt-Höchst daran erinnerten, sagte er: "Ja, das war dort, wo es immer die dicken Käsebrote gab."

Das Musikaliengeschäft des Großvaters befand sich in Pilsen unterhalb des tschechischen Theaters in der Klattauer Straße. Nach Geschäftsschluß unterhielt Großvater Wenzlick den "Bummel" zwischen Theater und Smetanapark über einen Lautsprecher mit der gängigen Schlagermusik, aber auch mit klassischen Weisen, etwa mit Wagner-Arien. Die alten Pilsner wussten noch, daß dort sein Enkel, eben der spätere Medienstar, gelegentlich einiger Besuche schon als Sechsjähriger die Platten auflegen durfte. Friedebert Volk (geboren in Pilsen)

Glosse:

Ausweitung der Kampfzone?



Präsident Klaus, Liebhaber von Kugelschreibern

Der tschechische Staatspräsident Vaclav Klaus weilte Mitte April in Chile und wurde beim Diebstahl eines Kugelschreibers gefilmt. Viele Menschen bemühen sich seither, den Engpass an Kugelschreibern im Hradschin durch Übersendung solcher Schreibgeräte zu beheben.

Die Sudetendeutschen haben auf diesen Vorfall eine eigene Sicht. Klaus wollte ohne Zweifel testen, ob Eigentumstransfer auch ohne Benesch-Dekrete möglich ist. Eine Rückforderung muß Klaus nicht fürchten, da es sich bei dieser Handlung inzwischen bereits um einen abgeschlossenen Geschehensablauf handelt. Möglich wäre auch, daß Herr Klaus an eine "Ausweitung der Kampfzone" denkt, nachdem ihm die EU für die

Enteignung der Sudetendeutschen Absolution erteilt hat. Bewundernswert ist schließlich Thomas Masaryks prophetische Gabe, die ihn Anfang der Zwanziger Jahre veranlaßte, auf tschechischen Lehrerkongressen immer wieder als Erziehungsmotto zu verkünden: "Sich nicht fürchten und nicht stehlen!"

Zur Erinnerung: Vor 66 Jahren wechselten im Sudetenland 11.200 Industriebetriebe, 55.000 Gewerbebetriebe, 125.000 bäuerliche Betriebe und 200.000 Einfamilienhäuser ihren Besitzer.

(vgl. Felix Ermacora, Rechtsgutachten über die sudetendeutsche Frage, 1991).

Bücher zur Zeitgeschichte



1496 S., ISBN 978-3-7844-2691-4 € A 100.80



296 S., ISBN 978-3-8004-1416-1



480 S., ISBN 978-3-7766-2291-1 € A 41,10



248 S., ISBN 978-3-8004-1474-1 € A 20,50



328 S., ISBN 978-3-8004-1459-8



352 S., ISBN 978-3-8004-1456-7



304 S., ISBN 978-3-7844-3046-1



240 S., ISBN 978-3-7844-3045-4

Buchverlage LangenMüller Herbig www.herbig.net